

BESCHLUSS
des
Landesvorstandes vom 08. Juli 2002

Seite 1

1
2 **Jugendkriminalität an der Wurzel bekämpfen**
3
4

5 Die F.D.P. betrachtet die steigende Zahl jugendkrimineller Übergriffe mit zunehmender Sorge.
6 Das Problem der Jugendkriminalität hat mittlerweile die Arbeitslosigkeit als Hauptproblem in der
7 Wahrnehmung der Bevölkerung abgelöst.
8

9 Für uns Liberale steht fest: Jugend- und Kinderkriminalität muss an der Wurzel bekämpft wer-
10 den, in den Familien, in den Verantwortungsgemeinschaften, in den Gemeinden. Prävention geht
11 für Liberale immer vor Repression. Wir lehnen daher auch die von der Union vielfach geforderte
12 Herabsetzung der Strafmündigkeitsgrenze von 14 auf 12 Jahre strikt ab.
13

14 Gleichwohl halten wir eine Reaktion des Staates auf die von Kindern begangenen Normverlet-
15 zungen für unabdingbar. Die Verharmlosung von „kleineren Delikten“ wie Ladendiebstahl und
16 Schwarzfahren – wie von rot-grün gefordert – lehnen daher ebenso ab. Es hat zwar keinen Sinn,
17 Jugendliche vorschnell zu kriminalisieren. Allerdings muss ihnen deutlich die gelbe Karte ge-
18 zeigt werden. Das Erwischt werden – als erster heilsamer Schock – muss daher spürbar gestaltet
19 werden.
20

21 Daher fordert die F.D.P. den folgenden Maßnahmenkatalog:
22

23 **Prävention statt Repression:** Bei der Prävention sind alle gefordert, insbesondere Eltern und
24 Schulen. Das größte Problem der Jugendkriminalität ist, dass zu spät und zu wenig konzeptionell
25 eingegriffen wird. Die effektivste Präventionsarbeit finden in den kommunalen Jugendeinrich-
26 tungen statt. Diese Arbeit muss gestärkt werden. Die Kinder- und Jugendarbeit in Kirchen,
27 Sportverbänden und in der freien Jugendarbeit ist von herausragendem Wert und daher besonders
28 zu stützen und zu fördern.
29

30 **Familien stärken:** Kinder aus intakten Familien werden nur in seltenen Fällen kriminell, wobei
31 andererseits das Problem der Überbehütung ein wesentlicher Auslöser für Jugendkriminalität sein
32 kann. Liberale betrachten daher eine Politik für die Familie als wichtigsten Schritt gegen Jugend-
33 kriminalität. Weil die Betreuungsleistung der Eltern von unschätzbarem Wert für die Gesellschaft
34 insgesamt ist, sollte auch das kommunale Betreuungsangebot für Eltern verbessert werden. Ent-
35 gegen mach landläufiger Meinung, sind die pädagogischen, psychologischen und gesundheitli-
36 chen Kenntnisse von Eltern extrem ausbaufähig. Hier könnten Volkshochschulen zum wichtigen
37 Baustein im Kampf gegen Jugendkriminalität werden.
38

39 **Kindergärten und Schulen in die Pflicht nehmen:** In den öffentlichen Einrichtungen der ersten
40 Lebensjahre sowie in der Schule muss stärkere Sensibilität für normabweichendes Verhalten von
41 Kindern entwickelt werden. Bei gefährlichem Fehlverhalten von Kindern sollten qualifizierte
42 Kräfte (Pädagogen) den Kontakt zum häuslichen Umfeld des Kindes herstellen und ggf. Maß-
43 nahmen einleiten. Grundsätzlich gilt: Die Schule ist nach wie vor die zentrale pädagogische Insti-
44 tution unserer Gesellschaft. Sie erreicht fast alle Kinder und Jugendlichen. Schule darf sich daher
45 nicht auf die reine Vermittlung von Wissensinhalten beschränken. Sie muss ihren komplexen
46 Sozialerziehungsauftrag annehmen und gestalten.
47

48 **Kooperation aller Beteiligten:** Wo Eltern, Nachbarn, Lehrer und andere mit Gewalt von Kin-
49 dern und Jugendlichen konfrontiert werden, reicht es nicht aus, lediglich die Frage nach der Zu-
50 ständigkeit zu stellen. Alle unmittelbar und mittelbar Beteiligten sind aufgefordert, zu reagieren.
51 Notwendig sind Netzwerke u.a. zwischen Schulen, Jugendämtern, Jugendarbeit und Nachbar-
52 schaftsheimen. Die Präventionsarbeit muss Institutionen übergreifend erfolgen. Dabei kommt es
53 auf eine viel bessere Koordination an, die idealer Weise sogar kostenneutral ist. Der Datenaus-
54 tausch zwischen Jugendamt und Polizei muss erweitert und vereinfacht werden. Polizei, Staats-
55 anwaltschaft und Jugendbehörden sollten ihre Arbeit zumindest teilweise auch räumlich unter ein
56 Dach legen.
57

BESCHLUSS
des
Landesvorstandes vom 08. Juli 2002

Seite 2

1 **Keine Herabsetzung der Strafmündigkeit:** Die jungen Täter vom Gesetz her früher zu krimina-
2 lisieren ist nicht zielführend. Allerdings ist frühes Eingreifen ohne Verwendung des Strafrechts
3 nötig. Es darf nicht zugewartet werden, bis die Kinder endlich 14 sind und die Strafjustiz tätig
4 werden kann. Statt dessen ist frühes konzertiertes Handeln unabdingbar. Dabei ist auch über
5 angemessene Reaktionen nachzudenken, mit denen Über-zwölfjährige als Buße rechnen müssen
6 für Gesetzesverstöße, für die sie als Vierzehnjährige bestraft würden.

7
8 **Keine Bagatellisierung von Delikten:** Wer Delikte wie Schwarzfahren oder Ladendiebstahl
9 legalisiert (z.B. um die Justizbehörden zu entlasten) der unterhöhlt den Rechtsstaat und verhin-
10 dert jegliches Rechtsbewusstsein bei Jugendlichen von Beginn an.

11
12 **Verfahren beschleunigen:** Die Verfahrenserledigung muss deutlich zeitnäher auf das kriminelle
13 Verhalten erfolgen. Die augenblicklichen Verfahren sind zu langwierig. Sozialarbeit und Polizei
14 müssen deutlich besser als bisher zusammenarbeiten. Verwaltungstechnische Reibungsverluste
15 müssen zugunsten eines schnellen Verfahrens abgebaut werden.

16
17 **Mehr Befugnisse für die Polizei:** Der Polizei als erster Instanz vor Ort müssen mehr Befugnisse
18 eingeräumt werden. Das unmittelbar auf eine Tat folgende erzieherische Gespräch durch die
19 Polizeibeamten darf nicht unterschätzt werden. Die Polizei muss direkt ermahnen können.

20
21 **Die Strafe muss der Tat auf dem Fuß folgen:** Eine Einstellung nach § 45 des Jugendgerichts-
22 gesetzes, besonders im mehrfachen schriftlichen Verfahren, ist uneffektiv. Der erzieherische
23 Effekt der Androhung von Konsequenzen wird nicht erreicht, wenn diese Konsequenz nicht auf
24 dem Fuß folgt. Am allerwichtigsten hierbei ist die Ermahnung der Polizei unmittelbar nach der
25 Tat.

26
27 **Personal besser qualifizieren:** Die Polizei braucht im Einsatz gegen die Jugendkriminalität
28 mehr und besser qualifiziertes Personal. Ein besonderes Gewicht muss dabei auf die sozialwis-
29 senschaftliche Fortbildung der Polizeibeamten gelegt werden. Hierzu gehört auch die Supervisi-
30 on für Polizeibeamte, die gegenwärtig mit der Problemverarbeitung allein gelassen werden.

31
32 **Konsequente Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik:** Eine gute Ausbildungschance gibt je-
33 dem Jugendlichen und Herawachsenden eine Zukunftsperspektive. Beruf und Ausbildung schaf-
34 fen gesellschaftliche Integration und die ist die beste Kriminalitätsprävention. Der Schwerpunkt
35 dieser Bemühungen sollte in Wohnvierteln liegen, in denen bisher zu wenig in soziale Infrastruk-
36 tur investiert wurde.

37 Das zunehmende Schwinden der Werte und Normen für das Zusammenleben in unserer Gesell-
38 schaft betrachtet die FDP mit großem Bedenken.

39 Einen entscheidenden Beitrag zu der Verankerung solcher ethischen Normen haben stets die
40 etablierten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften geleistet.

41
42 Die FDP erkennt diesen Beitrag ausdrücklich an und fordert darum die Sicherung nicht nur des
43 christlichen, sondern auch des islamischen Religionsunterrichts an allgemeinbildenden Schulen.

44
45 **Keine Sonderrechte für rechts- oder linksextreme jugendliche Gewalttäter:** Wer Gewalttaten
46 mit rechtsextremem Hintergrund begeht, für den gelten die o.g. Forderungen in gleicher Weise.
47 Eine Sonderbehandlung gibt den Tätern in gewisser Weise auch das Gefühl, etwas besonderes zu
48 sein – dies ist auszuschließen. Allerdings sollten sich im Zuge des Betreuung besondere Maß-
49 nahmen der politischen Bildung anschließen.

50
51 **Jugendstrafvollzug reformieren:** Es gibt eine steigende Zahl von gewaltbereiten Kindern und
52 Jugendlichen. Die vollen Jugendvollzugsanstalten sprechen eine deutliche Sprache. Liberale
53 halten den Jugendstrafvollzug für eine notwendige Einrichtung. Benötigt werden allerdings ins-
54 besondere Einrichtungen deren Konzept stärker auf den Bereich Sozialverhalten und Anti-
55 Aggressionstraining orientiert ist.